

**RECHT UND ZOLL**

**UKRAINE**

# Weitere Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung

Neue Behörde geschaffen / Lebensstil der Beamten wird überwacht / Von Dmitriy Sykaluk

KIEW (NfA)--Magere Aussichten für die ukrainische Wirtschaft, Unnachgiebigkeit der ausländischen Kreditgeber bei der Restrukturierung der hohen Staatsschuld, die in der Korruption versumpften Staatsbehörden sowie der immer zwingendere Druck der europäischen Partner haben dazu geführt, dass die Ukraine in den letzten Monaten resolute Maßnahmen im Kampf gegen die Korruption in die Wege geleitet hat.

Drastische Schritte in der Anwendung der neuen Gesetze sollen den Vormarsch der Korruption stoppen und somit die Wirtschaftslage des Landes verbessern. Außerdem hat das ukrainische Parlament, die Werkhowna Rada, ein Gesetz verabschiedet, das die Rolle der Zivilgesellschaft stärken sollen. All dies sind wichtige Schritte zur Korruptionsbekämpfung - aber nur die effektive Umsetzung dieser Vorschriften kann die ukrainische Gesellschaft durchgreifend verändern und so ein positives Signal an die ausländischen Partner und Investoren senden.

**Nicht nur die Beamten werden unter die Lupe genommen**

Das Gesetz über die Vorbeugung von Korruption, das Ende April in Kraft getreten ist und das als Fundament für die Implementierung des Anti-Korruptionsprogramms dienen soll, sieht die Errichtung einer eigenen neuen Behörde vor. Zu ihrer wichtigsten Aufgabe gehören die Verhinderung, die Aufdeckung, die Ermittlung und die Aufklärung von Korruptionsverbrechen. Hervorzuheben ist, dass sich die Befugnisse der Behörde nicht nur auf die offiziellen Staatsbeamten, sondern auch auf Personen erstrecken, die öffentliche Dienstleistungen erbringen, wie Notare, Gutachter, Sachverständige, Insolvenzverwalter und Schiedsrichter.

Damit die Anti-Korruptionsbehörde zu einem wirkungsvollen Organ bei der Ausrottung der Korruption aus dem ukrainischen poli-

tischen und wirtschaftlichen Leben wird, hat der Gesetzgeber, trotz der derzeit leeren Staatskasse, für eine umfassende finanzielle Versorgung der Mitarbeiter der Behörde gesorgt. So bekommt der Leiter der Behörde ein Gehalt von rund 2.600 EUR, was für ukrainische Verhältnisse ein großer Betrag ist. Natürlich ist das ein Tropfen auf dem heißen Stein im Vergleich zu den Umsätzen, die aufgrund von Korruptionsgeschäften durch die Hände der Staatsbehörden laufen.

Eine wichtige Novelle des Anti-Korruptionsgesetzes, die schon lange in der Werkhowna Rada diskutiert wurde, aber für deren Implementierung sich nie der politische Wille gefunden hatte, ist die Kontrolle der Ausgaben der Beamten. Die Überwachung obliegt der neuen Behörde, um festzustellen, ob ihre Lebensweise dem von ihnen und ihren Familienangehörigen erzielten Einkommen entspricht.

Informationen über die Verletzungen bei der Deklaration des Einkommens und des Vermögens der Beamten können die Ermittler von Bürgern und Unternehmen erhalten, und sie können sie aus Massenmedien und anderen öffentlich zugänglichen Quellen entnehmen. Alle ausländischen Konten von Personen, die der Deklaration unterliegen, sowie die von deren Familienangehörigen, sollen offengelegt werden, und erhebliche Veränderungen der finanziellen Lage des Deklarierenden sind sofort anzuzeigen. Zur Erfassung aller Personen, die gegen die Vorgaben verstoßen, wird ein öffentliches Register geschaffen.



Das neue Gesetz verlangt die Offenlegung der ausländischen Konten der ukrainischen Staatsbediensteten. Foto: v.gi/Shutterstock

Die zweite Regelung, die auf den Kampf mit der Korruption und auf die Verbesserung der Finanz- und Investitionslage in der Ukraine gerichtet ist, ist das neu gefasste Geldwäschegesetz vom Februar. Die Fassung wurde nach Abstimmung mit internationalen Organisationen wie dem IWF vorbereitet, und soll die Umsetzung internationaler Standards im Kampf gegen die Geldwäsche und die Finanzierung des Terrorismus vorantreiben. Das Gesetz legt einen übersichtlichen Rahmen für die Durchführung der Finanzüberwachung und Kontrolle der Geschäfte fest. Die Abstimmung der Vorschriften mit den internationalen Organisationen soll ein Signal an die ausländischen Investoren senden, die sich über die Erschließung des ukrainischen Marktes Gedanken machen.

**Dienstverbrechen können gesondert angezeigt werden**

Ein weiterer wichtiger Schritt im Kampf gegen die Bestechung von ukrainischen Behörden ist die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft. So wurde im Mai das Institut der gesellschaftlichen Anklage bei Dienstverbrechen eingeführt, mittels dessen sich jede natürliche oder juristische Person, die zum Opfer eines Beamtendelikt geworden

ist oder die von einem Korruptionsverbrechen in Bezug auf andere Personen Kenntnis erlangt hat, an die Staatsanwaltschaft wenden kann. Dabei darf der gesellschaftliche Ankläger bei der Informationsbeschaffung spezielle technische Anlagen verwenden, was die Glaubwürdigkeit der Angaben erhöht. Auf jeden Fall ist aber die Zulassung solcher Informationen bei der Ermittlung festzustellen.

Die Gesetzgebung im Bereich der Korruptionsbekämpfung und der Geldwäsche ist ein bedeutender Schritt auf dem Weg der Ukraine in eine europäische Zukunft. Die halbherzigen Versuche der früheren Regierungen haben Korruption in der Ukraine zur Norm gemacht. Klar ist, dass sich das in Beamtenkabinetten etablierte Denken nicht so einfach ausrotten lässt. Die Kooperation mit den ausländischen Institutionen, aussagekräftige Maßnahmen der Regierung und die sich verändernde proaktive ukrainische Gesellschaft lassen aber auf eine rasche Besserung hoffen.

NfA/8.6.2015

**KONTAKT:**

DLF attorneys-at-law Ukraine  
Dmitriy Sykaluk  
E-Mail: info@DLF.ua  
www.DLF.ua

**EUROPA**

**EU: Schiedsgerichte können nicht umgangen werden**

LUXEMBURG (AFP)--Nationale Gerichte können den Streit um die Anerkennung von internationalen Schiedsgerichtsentscheidungen nicht mit Verweis auf EU-Recht an sich ziehen. Die Brüssel-I-Verordnung regelt nur Zuständigkeitskonflikte zwischen ordentlichen Gerichten der Mitgliedstaaten, Schiedsgerichte gehörten nicht dazu, heißt es in einem aktuellen Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Im vorliegenden Fall streitet der Staat Litauen mit der russischen Gazprom um die Anerkennung eines in Schweden getroffenen Schiedsgerichtsurteils.

Anlass ist das angebliche Mismanagement in dem litauischen Gasunternehmen Lietuvos Dujos. An ihm sind Gazprom, E.ON Ruhrgas und der litauische Staat beteiligt. Litauen verklagte Dujos vor einem Zivilgericht und forderte, dass das Management mit Gazprom über möglichst niedrige Ankaufpreise für Gas und möglichst hohe Preise für den Transit zu verhandeln habe.

Gazprom klagte daraufhin vor einem schwedischen Schiedsgericht. Das Schiedsgericht stellte fest, dass die Klage Litauens teilweise gegen eine Schiedsvereinbarung der Anteilseigner von Dujos verstoße. Die Russen fordern seither die Anerkennung dieses Schiedsspruchs. Litauens Oberster Gerichtshof rief daraufhin den EuGH an, weil nach seiner Ansicht die Brüssel-I-Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeiten der Anerkennung des Schiedsspruch entgegenstehen könnte.

Die Luxemburger Richter wiesen dieses Ansinnen nun zurück, weil die Verordnung sich nicht auf Schiedsgerichte bezieht. Maßstab dafür sei grundsätzlich das völkerrechtliche Übereinkommen von New York über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche, heißt es. In dem Übereinkommen verpflichten sich Staaten, privatrechtliche Schiedsvereinbarungen anstelle des Rechtswegs zu staatlichen Gerichten zu akzeptieren und Schiedssprüche, die in anderen Staaten getroffen wurden, anzuerkennen und zu vollstrecken.

NfA/8.6.2015

**AKTUELLE AUSSCHREIBUNG**

Ukraine: Consulting, Verkehrsbetriebe Kiew  
<http://www.maerkte-weltweit.de/aus1233913-18-c5d51b>

**MÄRKTE**

	Seite		Seite		Seite
<b>Ägypten</b>		<b>Baltische Staaten</b>		Tesco will sich offenbar aus Südkorea zurückziehen	4
Chancen in schwierigen Zeiten	1	AHK zeichnet Software-Unternehmen aus	8	<b>Japan</b>	
<b>Afrika</b>		<b>Elfenbeinküste</b>		Mazda ruft 1,66 Millionen Autos in die Werkstätten	5
Die EU stellt 1,3 Mrd EUR bis 2020 bereit	7	Chancen bieten sich in den Bereichen Öl und Gas	7	<b>Philippinen</b>	
Afrika-Verein sieht die G7-Staaten gefordert	8	Die Palmölproduktion verzeichnet hohes Wachstum	7	Das Interesse steigt langsam an	5
<b>Arabische Golfstaaten</b>		<b>Europa</b>		<b>Russland</b>	
Saudi-Arabien will seine Autos künftig selbst bauen	7	EU verhängt Strafzölle gegen chinesische Hersteller	1	Zentralbank: „Die Wirtschaftskrise ist noch nicht vorbei“	3
<b>Aserbaidschan</b>		Schiedsgerichte können nicht mit EU-Recht umgangen werden	2	Heineken braut nun auch günstiges Gösler	3
Investitionsschub in Baku	3	<b>Frankreich</b>		<b>Schweiz</b>	
<b>Australien</b>		Atomkonzern Areva wird zerschlagen	4	Schwedischer Investor steigt bei ABB ein	4
Cimic erhält Großauftrag	5	<b>Großbritannien</b>		<b>Singapur</b>	
<b>Balkanstaaten</b>		Bank of England hält Zinsen auf Rekordtief	1	Große Pläne sorgen für frische Impulse	5
Lieferanten aus Südosteuropa präsentieren sich	8	Wirtschaft bereitet sich auf das EU-Referendum vor	4	<b>Serbien</b>	
				Schutzzölle für Milch eingeführt	1

**BRANCHEN/THEMEN**

	Seite		Seite
<b>Agrarsektor</b>		Singapur	5
Elfenbeinküste	7	<b>Konjunktur</b>	
<b>Außenhandel</b>		Ägypten	1
Welt	1	Russland	3
<b>Banken</b>		USA	6
Slowenien	3	<b>Maschinenbau</b>	
<b>Chemie</b>		Elfenbeinküste	7
USA	6	<b>Nahrungsmittel</b>	
<b>Energieerzeugung</b>		Russland	3
Frankreich	4	<b>Recht</b>	
<b>Fahrzeuge</b>		Europa	2
Arabische Golfstaaten	7	<b>Rohstoffe</b>	
Japan	5	USA	6
USA	6	<b>Solarenergie</b>	
<b>Handel</b>		Europa	1
Großbritannien	4	<b>Technologie</b>	
<b>Infrastruktur</b>		Schweiz	4
Aserbaidschan	3	Südkorea	5
<b>Investitionen</b>		<b>Wirtschaft und Politik</b>	
Afrika	8	Afrika	7
Philippinen	5	Großbritannien	1
<b>Informationstechnologie</b>		Großbritannien	4
Baltische Staaten	8		